

Die Bedeutung der Massenflucht aus der Sowjetzone

Fast zwei Millionen Deutsche sind seit 1945 aus der sowjetischen Besatzungszone in das westliche Bundesgebiet zugewandert. In dieser Ziffer sind allerdings diejenigen mitenthalten, die sich bei Kriegsende im deutschen Westen aufhielten und es ablehnten, in die Sowjetzone (einschließlich des Ostsektors von Berlin) zurückzukehren. Seit Anfang 1949 bis Mitte März 1953 haben wir es mit einem Zustrom von 760 000 Personen zu tun. 360 000 wurden durch die westdeutschen Aufnahmebehörden erfaßt, 400 000 kamen über West-Berlin. Während die Zahlen für 1951 und 1952 bei je 165 000 lagen, hatten die Aufnahmebehörden in Berlin in diesem Jahr bereits bis zum 20. März 100 000 Flüchtlinge registriert. Durch die rigorose Abriegelung der Zonengrenze im Frühsommer vorigen Jahres wurde der Flüchtlingsstrom fast ganz nach Berlin gelenkt. In der ersten Hälfte des vorigen Jahres kamen die Flüchtlinge etwa zur Hälfte nach Berlin, zur anderen Hälfte in die westdeutschen Aufnahmelager. Im Juli stieg der Berliner Anteil auf 77 vH, im Oktober lag er über 90, heute bei 99 vH. Darüber hinaus sind die *absoluten* Zahlen seit der Jahreswende wesentlich gestiegen: von 15 000 als Monatsdurchschnitt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres auf 25 000 im Januar, 40 000 im Februar und über 48 000 im März.

Die Zahlen allein beweisen, daß wir es mit einer *Massenflucht* zu tun haben, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Hintergründe dieser Fluchtbewegung sind vielfach mißverstanden worden. Manche Kreise im deutschen Westen haben nicht erkannt, daß sich in dem zehntausendfachen Flüchtlingsschicksal eine *nationale Tragödie* ausdrückt. In München fiel das böse Wort von der „selbstmörderischen Humanität“. In Bonn wurden die amtlichen Aushalte-Parolen wiederholt. Ein Bundesminister erging sich in Phantasien über eine Unterwanderung des vermeintlichen westdeutschen Idylls. Angesehene Zeitungen und Zeitschriften kolportierten unbewußt die sowjetzonale Propagandathese, daß es sich bei den Flüchtlingen vorwiegend um „kriminelle und asoziale Elemente“ handele.

Inzwischen verstärkte sich der Flüchtlingsdruck in den mehr als achtzig Westberliner Lagern. Das Bundesnotaufnahmeverfahren mußte wesentlich abgewandelt werden, weil seine gesetzlichen Grundlagen vom August 1950 den neuen Gegebenheiten nicht mehr entsprachen. Nach anfänglichem Zögern wurde der Abflug der Flüchtlinge aus Berlin wesentlich erweitert. Es ist jedoch kein Ruhmesblatt der deutschen Nachkriegsentwicklung, daß manche ausländischen Zeitungen und Hilfsorganisationen rascher und klarer reagiert haben als die berufenen Stellen im deutschen Westen.

Unklarheiten und Mißverständnisse

Bund und Länder haben sich vor einiger Zeit auf neue Bedingungen für die Unterbringung der Flüchtlinge verständigt, und das Aufnahmeverfahren wurde so abgewandelt, daß heute etwa 90 vH mit der Anerkennung rechnen können.

Der Prozentsatz der Abgelehnten lag bisher erheblich höher. Die Kategorie der Abgelehnten — d. h. derer, die sich weder auf eine „Gefahr für Leib und Leben“ berufen noch „andere zwingende Gründe“ nachweisen konnten — darf jedoch in ihrer Mehrheit nicht als menschlich und sozial *minderwertig* betrachtet werden. Die Propaganda der sowjetzonalen Machthaber hat übrigens eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht: Während sie die Flüchtlinge zunächst samt und sonders als „kriminelle und asoziale Elemente“ verdächtigt hatte, bemüht sie sich in letzter Zeit um die Rückkehr der „verführten Republikflüchtigen“.

Aus der Presse kann man sich aber auch davon überzeugen, daß über die soziale Zusammensetzung des Flüchtlingsstroms vielfach völlig abwegige Vorstellungen herrschen. Es ist behauptet worden, daß sich unter den Flüchtlingen ein großer Teil alter,

sozial schwacher und nicht mehr arbeitsfähiger Menschen befinde. Eine noch weiter verbreitete Auffassung geht dahin, daß es *überwiegend* die zerstörten bäuerlichen und mittelständlerischen Existenzen seien, die den Umfang des Flüchtlingsstroms erklärten. Beide Auffassungen sind falsch. Auch der Begriff des „politischen“ Flüchtlings gibt zu mancherlei Mißverständnissen Anlaß. Er entstammt einer Zeit mit anderen Bedingungen als denen der totalitären Fremdherrschaft im Zustand der willkürlichen Zerklüftung von Volk und Staat. Weit verbreitet ist die Meinung, daß die Massenflucht durch die sowjetischen bzw. die sowjetzonalen Machthaber *begünstigt* werde. Manche Kommentatoren glauben des Rätsels Lösung gefunden zu haben, wenn sie behaupten, die Kommunisten wollten auf diese Weise ihre Agenten nach West-Berlin und in das westliche Bundesgebiet einschleusen. Als ob sie das nicht auch anders und „billiger“ haben könnten! Die Agenten-Theorie hält einer ernsthaften Kritik nicht stand. Für die andere Theorie, daß die Sowjets ihre Besatzungszone entvölkern und dann „mongolisch“ auffüllen wollten, gibt es keinen Beleg. Gewiß würden sich bei fortdauernder Spaltung Deutschlands und bei zunehmender Entvölkerung der Sowjetzone sehr ernste Perspektiven abzeichnen. Aber das sind Betrachtungen auf sehr lange Sicht.

Die sowjetzonale Haltung zum Problem der Massenflucht ist undurchsichtig und widerspruchsvoll. Es hat den Anschein, als ob man in Pankow und bei der sowjetischen Kontroll-Kommission selbst nicht recht weiß, was man will. Der Senat von Berlin hat im Februar dieses Jahres eine Denkschrift herausgegeben („Flüchtlinge überfluten die Insel Berlin“), in der die Meinung vertreten wird, daß die *allgemeine* Frage nach der Begünstigung der Flucht durch das Regime *nicht* bejaht werden könne. Bei einigen Kategorien von Flüchtlingen schein jedoch zeitweise „eine Suggestion zur Flucht, insbesondere eine gelenkte Flüsterpropaganda“, ausgeübt worden zu sein. Es sei wohl anzunehmen, „daß besonders die Flucht, von oppositionellen Mittel- und Großbauern meist recht erwünscht ist“.

Die sowjetzonalen Machthaber mögen sich einen Vorteil davon versprechen, daß die ihnen besonders widerstrebenden Teile der Bevölkerung und solche Schichten, die in die neue Sozialordnung besonders schwer einzuschmelzen sind, die Zone verlassen. Dem steht entgegen, daß die Massenflucht den Verlust wertvoller Arbeitskraft bedeutet, und zum anderen, daß der passive Widerstand der Bevölkerung viel zu tief verwurzelt ist, als daß er in dieser Generation gebrochen werden könnte. Man mag sich ausgerechnet haben, daß die Schwierigkeiten West-Berlins durch den Flüchtlingsdruck vermehrt würden. Falls diese Spekulation eine entscheidende Rolle gespielt haben sollte, dürften ihre Urheber inzwischen um einige Enttäuschungen reicher sein.

Es ist übrigens nicht so, daß die sowjetzonalen Behörden keine polizeilichen und sonstigen Maßnahmen gegen den Zustrom von Flüchtlingen nach West-Berlin eingeleitet hätten. Die Kontrollen sind in den letzten Wochen immer mehr verschärft worden, und West-Berlin ist seit geraumer Zeit von der Sowjetzone abgesperrt. Der Versuch einer radikalen Abriegelung des Sowjetsektors von West-Berlin stößt auf beträchtliche praktische Schwierigkeiten, wahrscheinlich auch auf politische Bedenken. Falls es zu einer solchen Abriegelung käme, würde der Flüchtlingsstrom wohl eingedämmt, aber gewiß nicht unterbunden werden können.

Wer ist politischer Flüchtling?

Der Begriff des politischen Flüchtlings kann sehr eng gefaßt und etwa nur auf diejenigen bezogen werden, die sich politisch aktiv gegen das sowjetzonale Regime betätigt und einer unmittelbar drohenden Verhaftung entzogen haben. Man kann aber auch einen anderen Ausgangspunkt wählen und vom politischen *Hintergrund* der Massenflucht ausgehen. Die oben erwähnte Denkschrift des Senats von Berlin zählt eine Reihe von allgemeinen Gründen für die Flucht aus der Zone auf, die schon vor dem An-

schwollen des Flüchtlingsstroms bestanden haben: wirtschaftliche und soziale Gründe (Auswirkung der Demontagen und Reparationen, Beschlagnahmen und Enteignungen, Zwangsarbeit und Abbau der sozialen Errungenschaften, niedriger Lebensstandard), Entartung der Rechtspflege mit zunehmender Bespitzelung im Betrieb und im Privatleben, Bolschewisierung des geistigen und kulturellen Lebens.

In der Denkschrift wird der Versuch unternommen, die *Fluchtgründe* zu analysieren. Nach den dieser Analyse zugrunde liegenden Schätzungen waren es im Frühjahr vorigen Jahres 5 vH der erwachsenen Flüchtlinge, die wegen „politisch-bewußter Arbeit“ die Zone verlassen hatten. Im Herbst war deren Anteil auf 2 vH abgesunken, bei den Jugendlichen von 2 auf 1 vH. Diese Gruppe würde etwa der entsprechen, die im Bundesnotaufnahmegesetz mit „drohender Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit“ umschrieben wurde.

In einer zweiten Gruppe faßte man diejenigen zusammen, die wegen „politischer Ablehnung des kommunistischen Systems“ geflüchtet seien. Hierunter fallen auch solche Personen, die zu Agenten- und Spitzeldiensten gepreßt wurden und sich dieser Tätigkeit durch die Flucht entzogen haben. Der Anteil dieser Gruppe soll vom Frühjahr bis zum Herbst vorigen Jahres bei den Erwachsenen von 30 auf 20 vH zurückgegangen, bei den Jugendlichen von 30 auf 32 vH gestiegen sein. Hierin drückt sich, was die Jugendlichen angeht, die verstärkte Werbung für die militärischen Streitkräfte und für den Arbeitsdienst der Sowjetzone aus. (Die Zahl der geflüchteten Vopo-Angehörigen beträgt bisher 8000.)

In einer dritten Gruppe, die gleichbleibend auf 10 vH geschätzt wird, sind diejenigen enthalten, bei denen vermutlich wirtschaftliche Gründe den Ausschlag gegeben haben. Hierunter fallen auch die Fälle der Enteignung oder der drohenden Existenzvernichtung bei Gewerbetreibenden und Landwirten. Die „Erwartung einer materiellen Besserstellung“ wurde im Frühjahr bei 30 vH, im Herbst bei 35 vH der Erwachsenen als Fluchtgrund angenommen. Bei den Jugendlichen rechnete man gleichbleibend mit 36 vH. Eine weitere Gruppe stellen diejenigen Fälle dar, wo ein Familienmitglied sich bereits im Westen befindet. Auf die „Familienzusammenführung“ sollen im Frühjahr 5 vH, im Herbst 8 vH der Erwachsenen (bei den Jugendlichen 2 bzw. 1 vH) entfallen sein.

bleibt eine sechste Gruppe der verschiedenen, „oft nicht genau feststellbaren“ Fluchtgründe. Veränderungstrieb und Abenteuerlust werden hier als mögliche Motive genannt, aber auch asoziale und kriminelle Elemente werden dieser Gruppe zugezählt. Insgesamt wurden dieser Gruppe im Frühjahr 20 vH, und 25 vH im Herbst zugezählt, während man bei den Jugendlichen gleichbleibend mit 30 vH rechnete.

Die Herausgeber der Denkschrift machen selbst darauf aufmerksam, daß es sich um *Schätzungen* handelt. Die subjektive Komponente dürfe nicht außer acht gelassen werden, und man bewege sich bei einer solchen Darstellung überhaupt auf recht unsicherem Boden. Dieser Vorbehalt verdient eine starke Unterstreichung, denn es ist wohl im wesentlichen auf solche Versuche der Kategorisierung zurückzuführen, wenn immer wieder gesagt wird, „nur ein paar Prozent“ seien *politische* Flüchtlinge — woraus mancher vorschnell folgert, bei den übrigen müsse es sich überwiegend um „zweifelhafte Elemente“ handeln. Die Denkschrift fördert eine solche Fehleinschätzung, wenn sie vor der Überfüllung Berlins mit „Hilfsbedürftigen und moralisch Anfälligen“ warnt. Dahinter steckt natürlich die berechtigte Sorge der Berliner Verwaltung, die neben der Massenarbeitslosigkeit und den ungeheuren Soziallasten auch noch mit über 100 000 „Nichtanerkannten“ fertig werden soll.

Aber es fragt sich doch, ob die schematische Aufteilung der Fluchtgründe und die enge Fassung des Begriffs politischer Flüchtling der heutigen Lage überhaupt gerecht werden kann. Eine Veröffentlichung der SPD („Sopade“, März 1953) geht davon aus,

daß der Begriff des echten politischen Flüchtlings erst entstanden sei, als in der Sowjetzone die Bildung der SED erzwungen wurde. Während 1948 und 1949 noch die politischen Flüchtlinge die Mehrheit der Aufgenommenen gebildet hätten, seien sie im Lauf der Jahre mehr in den Hintergrund getreten:

„Die Strukturveränderungen in der Sowjetzone hatten ihre Folgen. Es kamen die Inhaber von enteigneten Betrieben, die ihre Existenz verloren hatten und vom Arbeitsamt nach Aue geschickt wurden; die Rentner, die mit ihren geringen Renten in der Ostzone nicht auskommen konnten; Lehrer und andere Beamte, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, die kommunistische Ideologie zu verbreitern; Bauern, die das ihnen auferlegte Soll nicht erfüllten; Geschäftsleute und Handwerker, die sich im Irrgarten sowjetzonaler Strafbestimmungen nicht zurechtfinden und für nach westlichen Begriffen geringfügige Vergehen mit hohen Zuchthausstrafen bedroht waren; einfache, unpolitische Menschen, die das totalitäre System dazu mißbrauchen wollte, ihre Arbeitskollegen zu bespitzeln; Jugendliche, die sich der Werbung zur Volkspolizei widersetzen, und schließlich Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, die der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik lockte.“

Der hier angedeutete Strukturwandel bringt aber auch nicht jene massenpsychologischen Vorgänge zum Ausdruck, die sich während der letzten Monate angesichts der zunehmenden Verschärfung der sowjetzonalen Herrschaftsmethoden und der daraus resultierenden Existenzbedrohung der einzelnen und ganzer Schichten entwickelt haben. Will man es einen nur wirtschaftlichen Grund nennen, wenn der Bauer als Opfer der Kollektivisierung seinen Hof verläßt? Hat es nichts mit politischer Flucht zu tun, wenn der Jugendliche den Waffendienst bei der Vopo verweigert? Gehört die Ablehnung gegen die Rechtlosigkeit in irgendeine Sammelgruppe „verschiedener“ Fluchtgründe? Läßt sich die maßlose Verzweiflung eines Volkes überhaupt statistisch erfassen?

Die Verzweiflung ist darum so groß, weil der täglichen Bedrohung fast keine Hoffnung gegenübersteht. Viele unserer Landsleute im sowjetischen Besatzungsbereich haben den Glauben an eine bessere Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland verloren. Hier ist nicht der Ort, darüber zu rechten, ob nicht auch Schwächen der deutschen Politik dazu beigetragen haben, daß es zu dieser Hoffnungslosigkeit gekommen ist. Es hat sich jedenfalls erwiesen, daß die wiederholte Parole des „Haltet aus!“ die Massenflucht nicht aufzuhalten vermochte. In weiten Kreisen hat sich vielmehr eine Tor-schlußpanik geltend gemacht: „Wenn wir jetzt nicht wegkommen, ist es vielleicht für immer zu spät . . .“

„Ausfuhr der Überzähligen?“

Diese Frage¹⁾ muß scharfen Widerspruch herausfordern. Sie ist wohl nicht als politisch-moralische Wertung gemeint, sondern als Kennzeichnung eines soziologischen Vorgangs. Der Fragesteller geht davon aus, daß es überwiegend die bäuerlichen und mittelständlerischen Opfer des kommunistischen Etatismus und die Empfänger öffentlicher Unterstützungen seien, die den Massencharakter der Fluchtbewegung erklärten. Diese Annahme ist irrig.

Die Berliner Denkschrift behandelt die veränderte Struktur des Flüchtlingsstromes an Hand der vom Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens monatlich zusammengestellten Ziffern. Der Anteil der *Arbeiter* an der Gesamtzahl der Flüchtlinge lag in der Zeit vom Januar 1949 bis Januar 1952 bei 31,3 vH. Im März 1952 wurden 39,5 und im Juni 36,8 vH Arbeiter gezählt. In den folgenden Monaten sank die Kurve (29,2 vH im Juli und 26,4 vH im August). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die absoluten Ziffern in der zweiten Hälfte des Jahres gestiegen waren.

Die Kurve des Anteils der *Angestellten* verlief annähernd umgekehrt. In der Zeit von Januar 1949 bis Januar 1952 wurden 26,7 vH gezählt. Im März 1952 waren die Angestellten nur mit 17,7 vH an der Gesamtzahl beteiligt. Der Anteil wuchs bis auf 22,2 vH im Mai, fiel auf 18,2 vH im Juni und stieg wieder bis auf 22,4 vH im August.

1) Siehe Michael Freund „Chronik der Zeit“ in Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 2/1953, Seite 111

Der Anteil der selbständigen *Landwirte* und ihrer mithelfenden Familienmitglieder betrug von Januar 1949 bis Januar 1952 2,6 vH. Von Juli bis September vorigen Jahres schwankte er zwischen 2,3 und 2,6 vH und stieg dann im Oktober auf 4,3, im November auf 5,3 und im Dezember auf 6,3 vH. Bezogen auf die Gesamtzahl der erwerbstätigen Flüchtlinge beträgt die Zahl der Landwirte in den letzten Monaten etwa 10 bis 12 vH. Der Leiter der Zentralstelle für die Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge, Dr. *Nahm*, stellte fest²⁾:

„Wenn die Zahl der geflüchteten Landwirte in den letzten Monaten des Jahres 1952 rund achtmal so hoch war wie die im Mai 1952 und seit Januar 1953 weiter stark ansteigt, so spiegeln diese Zahlen die Auswirkungen der Kollektivierungs- und Liquidierungsmaßnahmen wider, welchen neuerdings gerade dieser Berufsstand ausgesetzt ist.“

Ähnliches gilt für die steigende Zahl der geflüchteten selbständigen Gewerbetreibenden, aber man sollte sich vor Augen halten, daß *die Hälfte* aller Flüchtlinge aus *Arbeitern und Angestellten* besteht. Der Prozentsatz der *Pensions- und Rentenempfänger* ist im vorigen Jahr gestiegen, von 0,5 vH im Februar auf 2,3 vH. im Dezember, aber er bestätigt nicht die These von der Abwälzung der sozialen Lasten auf Berlin und das westliche Bundesgebiet. Am auffälligsten ist das ständige Anwachsen des Anteils der *Hausfrauen und Kinder*. Er blieb von Februar bis April 1952 unter 30 vH, stieg aber bis zum August auf 40 vH an. Der Anteil der Kinder allein steigerte sich von 17,7 vH im März auf 27,1 vH im Dezember.

Wenn wir uns der *altersmäßigen* Zusammensetzung des Flüchtlingsstroms zuwenden, ergibt sich das interessante Bild, daß der Anteil der Jugendlichen wesentlich höher und der der alten Leute viel niedriger liegt, als es der Zusammensetzung der Altersgruppen in der Sowjetzone entspricht. Der „Wochenbericht“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Nr. 9, 1953) schrieb dazu:

„Die Fluchtbewegung, die durch die strengen sowjetzonalen Sicherungsmaßnahmen an den Zonengrenzen seit Mitte 1952 fast ganz über West-Berlin geht, beeinflußt die Bevölkerungsstruktur der Sowjetzone ungünstig. Rund die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 24 Jahren. Weitere 30 vH. bilden die 24- bis 45jährigen. Die Abwanderung trifft also besonders die produktiven Jahrgänge.“

Nach den Angaben Dr. Nahms waren 28,9 vH derjenigen, die im Jahre 1952 die Netaufnahme beantragt haben, im Alter unter 18 Jahren, 13,5 vH im Alter von 18 bis 21 Jahren, und 10,2 vH im Alter von 21 bis 25 Jahren. Die entsprechenden Anteile dieser Altersgruppen im Bundesgebiet betragen nach der Volkszählung vom September 1950 28,1 bzw. 4,3 bzw. 5,9 vH. Die alten Leute über 65 Jahre, deren Anteil an der Bevölkerung der Sowjetzone etwas über 10 vH beträgt, waren bis Juli vorigen Jahres mit etwa 1,5 vH und im August mit 1,9 vH an der Gesamtzahl der Flüchtlinge beteiligt. Der Anteil der *Haupterwerbsfähigen* zwischen 25 und 45 Jahren stieg von 28 vH im September auf 31,6 vH im Dezember. Von der Altersklasse zwischen 45 und 65 Jahren, die wie die vorhergehende etwa 26 vH der Bevölkerung ausmacht, waren im Februar vorigen Jahres 21,9 und im August 20,2 vH an der Gesamtzahl beteiligt. Im übrigen kommt auch eine „Strukturanalyse der politisch nicht anerkannten Flüchtlinge in West-Berlin“³⁾ zu dem Ergebnis, daß die Kriegsgeneration der 25- bis 45jährigen unter dieser Gruppe der Flüchtlinge am stärksten vertreten ist.

Es handelt sich also, soziologisch gesehen, nicht um einen „Export des Elends“, sondern um eine Massenabwanderung, bei der die *Arbeitsfähigen* dominieren. Nichts deutet bislang darauf hin, daß der Flüchtlingsstrom zum Stocken kommt. Kein verantwortungsbewußter Deutscher wird den Landsleuten aus der Sowjetzone die Aufnahme im eigenen Land verweigern wollen. Um ihre — wie sie und wir alle hoffen: vorübergehende — Eingliederung lösen zu können, bedarf es aber einiger Klarheit über die Hintergründe der Massenflucht und über ihre strukturelle Gliederung.

2) Siehe „Bulletin“ der Bundesregierung vom 11. März 1953.

3) Diese Arbeit wurde von Dr. Renate Wanstrat im Auftrage des Osteuropa-Instituts an der Freien. Universität Berlin verlaßt.